



VR-UnternehmerBrief

ERFOLGSGESCHICHTE
Genossenschaften
S. 2

MITTELSTAND
Exportland Bayern
S. 3

UNTERNEHMENSFÜHRUNG
Eltern im Beruf
S. 3

STEUERRECHT
Neues zur Entfernungspauschale
S. 4

Rottaler Volksbank-Raiffeisenbank eG · Carcassonner Platz 1 · 84307 Eggenfelden

26. März 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vereinten Nationen haben das Jahr 2012 zum „Internationalen Jahr der Genossenschaften“ ernannt. So will die UNO auf die wichtige soziale und wirtschaftliche Rolle der Genossenschaften hinweisen.

Lesen Sie in dieser Ausgabe, was es mit Genossenschaften auf sich hat und welche Rolle sie in Bayern spielen.

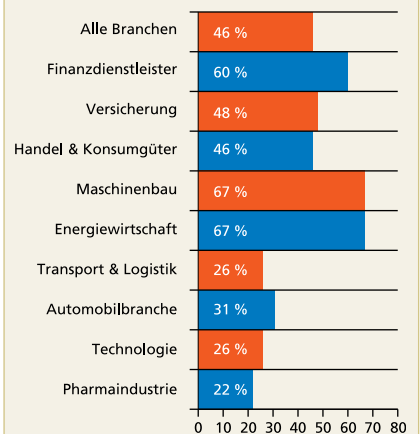
Eine interessante Lektüre wünschen

Rottaler Volksbank-Raiffeisenbank eG

COMPLIANCE WIRD WICHTIGER

Die Zahl der Unternehmen mit Compliance-Programmen hat laut der PwC-Studie „Wirtschaftskriminalität 2011“ deutlich zugenommen – von 41 Prozent im Jahr 2007 auf 52 Prozent im Jahr 2011. Die Unternehmen setzen nun stärker auf Prävention. Jedes zweite sieht in einem strikten Regelwerk für seine Mitarbeiter sogar einen Wettbewerbsvorteil. So fragen Geschäftspartner bei Transaktionen verstärkt nach Compliance-Risiken.

ANTEIL VON COMPLIANCE-PROGRAMMEN IN AUSGEWÄHLTEN BRANCHEN



Jobmaschine Mittelstand



Welche Bedeutung die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) für die Arbeitsplätze in Europa haben, zeigt eine aktuelle EU-Untersuchung. Demnach schufen KMU

85 Prozent der von 2002 bis 2010 in der EU netto neu entstandenen Arbeitsplätze. Dieser Wert liegt erheblich über dem 67-prozentigen Anteil der KMU an der Gesamtbeschäftigtenzahl.

Zwischen 2002 und 2010 stieg die Nettobeschäftigung in der gewerblichen EU-Wirtschaft beträchtlich: im Durchschnitt wurden jährlich 1,1 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Bayern verteidigt digitale Spitzenposition

Bayern ist in der Informations- und Kommunikationstechnologie hervorragend aufgestellt. Um diese Spitzenposition zu sichern und auszubauen, hat die Staatsregierung die Initiative Aufbruch Bayern gestartet. „Die Initiative soll sich unter anderem mit den zukünftigen FuE-Themen der Wirtschaft, industriepolitischen Fragestellungen, dem Ausbau des schnellen Internets sowie der digitalen Bildung in Bayern befassen“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil. Das Spektrum der geförderten Projekte reicht von der digitalen Vernetzung im Straßenverkehr über IT-gestützte Organisation von Krankenhäusern bis zur Entwicklung mobiler Business-Applikationen.

Bayern wird dazu einen Aktionsplan zur Digitalisierung entwickeln. Als Begrün-

dung nannte der Wirtschaftsminister, dass die Mobilität das Merkmal der künftigen digitalen Gesellschaft sein werde und nur mit einer starken Vernetzung die Potenziale für die bayerische Wirtschaft genutzt werden könnten. Aktuell fördert das Wirtschaftsministerium rund 250 laufende Forschungs- und Entwicklungsprojekte und unterstützt damit maßgeblich diese Entwicklung. Die Schwerpunkte der staatlichen IT-Förderung liegen vor allem im Einsatz der Informationstechnik in wichtigen Anwenderbranchen wie der Automobilindustrie, dem Maschinenbau, der Energietechnik, der Mechatronik, der Logistik sowie in innovativen Dienstleistungen.

► MEHR INFORMATIONEN UNTER:
www.aufbruch.bayern.de

KURZ GEFASST

Die Genossenschaftsbanken versorgen mit rund 160.000 Mitarbeitern mehr als 30 Millionen Kunden.

KOMMENTAR



Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl, Präsident und Vorstandsvorsitzender des Genossenschaftsverbands Bayern

Chancen Genossenschaften

Die Genossenschaftsidee ist hochaktuell. Wir erleben derzeit ein großes gesellschaftliches Interesse an der genossenschaftlichen Organisationsform. Traditionell sind Genossenschaften im Handwerk, der Landwirtschaft, dem Handel und der Kreditwirtschaft stark vertreten. In den letzten Jahren sind Neugründungen vor allem in Zukunftsbranchen wie Energie zu verzeichnen.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Genossenschaften bieten Lösungen für die Herausforderungen der Zeit.

Stichworte sind z.B.: Bürgerbeteiligung, dezentrale Versorgungsstrukturen und Nachhaltigkeit. Viele Menschen wollen die Entwicklung ihrer Gemeinden und Städte mitgestalten, z.B. durch die Beteiligung in einer Energiegenossenschaft. Ein anderes Beispiel sind Ärzte, die sich in einer Gesundheitsgenossenschaft zusammenschließen, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen.

Auch im sozialen Bereich, etwa dem altersgerechten Wohnen, wird immer häufiger die Genossenschaftsform gewählt. Unsere Gründungszahlen belegen das eindrucksvoll. Nachdem die vielfältigen unternehmerischen Gestaltungsmöglichkeiten einer Genossenschaft in den letzten Jahren bekannter geworden sind, nehmen seit 2008 die Genossenschaftsgründungen stetig zu.



Internationales Jahr der Genossenschaften 2012

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen. Als Begründung nannte die Organisation, dass Genossenschaften in vielen Ländern einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung leisten. Die ersten Ideen für eine Genossenschaft gehen ins Mittelalter zurück. Doch erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts konnte sie sich das Genossenschaftswesen in Deutschland entwickeln.

Grundgedanke ist, dass man gemeinsam seine wirtschaftlichen Ziele besser erreichen kann als im Alleingang. Das Besondere dabei ist: Die Mitglieder sind zugleich Eigentümer und Kunden. Die Rendite steht dabei nicht im Vordergrund, sondern der genossenschaftliche Förderzweck. Daneben kennzeichnen vor allem die Prinzipien Selbsthilfe,

Selbstverwaltung und Selbstverantwortung eine Genossenschaft. Genossenschaftsbanken zählen heute zu den zuverlässigsten Partnern in Sachen Geld. Solidarität und faire Angebote werden immer wichtiger. Ein ebenfalls wichtiger Bereich sind die Raiffeisen-Genossenschaften, die im landwirtschaftlichen Bereich tätig sind. Ferner zählen die gewerblichen Genossenschaften und die Konsumgenossenschaften zu großen deutschen Genossenschaftswelt – die einen sind vorrangig im Nahrungsmittelbereich oder im Handwerk aktiv, die anderen prägen den Einzelhandel. Am 7. Juli werden viele der bundesweit 5.400 Unternehmen den Tag der Genossenschaften feiern.

► MEHR INFORMATIONEN UNTER: www.genossenschaften.de



Genossenschaften in Bayern

Der zeitlose Gedanke der Genossenschaften, durch Zusammenarbeit die materielle Unabhängigkeit des Einzelnen zu stärken, ist aktueller denn je. Im Jahr 2011 wurden in Bayern 51 Genossenschaften gegründet. Insgesamt gibt es damit 1.194 genossenschaftliche Unternehmen im Freistaat. Davon sind 296

Volks- und Raiffeisenbanken und 557 Raiffeisen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie 286 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen in der Unternehmensform der Genossenschaft gewinnt in Bayern zunehmend an Bedeutung. Gut zwei Drittel der Neugründungen wurden als Energiegenossenschaft gegründet und die Zahl der Energiegenossenschaften erhöhte sich damit auf 127. Genossenschaften leisten einen entscheidenden Beitrag zu einer regional ausgewogenen Wirtschaftsstruktur und zu einer Stärkung des Mittelstands. Nicht zuletzt deshalb sind die eingetragenen Genossenschaften das Muster einer flexiblen, nachhaltigen Wirtschaftsform.

► INFOS: www.gv-bayern.de

Foto: Fotolia

Mittelstand ist Basis für Exportland Bayern

Die bayerische Wirtschaft wird vom Mittelstand dominiert. Daher ist auch die Exportstärke des Freistaats vorrangig ein Erfolg der kleinen und mittleren Unternehmen.

Handelsbilanz

In der Handelsbilanz wird der grenzüberschreitende Warenverkehr eines Landes dargestellt. Die Wareneinfuhr (Importe) wird der Wareneinfuhr (Exporte) gegenüber gestellt. Eine negative Handelsbilanz liegt vor, wenn mehr importiert als exportiert wurde.

Exportüberschuss

Wenn der Wert der Wareneinfuhren eines Landes unter dem Wert der Wareneinfuhren eines Landes liegt, spricht man von Exportüberschuss. Im Jahr 2010 lag der bayerische Exportüberschuss bei 14,6 Mrd. Euro. Zwischen Januar und November 2011 belief sich der Exportüberschuss auf 12,4 Mrd. Euro, wobei der Export in diesem Zeitraum um 11,7 Prozent gestiegen ist.

Schwellenländer

Vielach wird auch der Begriff Emerging Markets gebraucht. Gemeint sind damit die aufstrebenden Staaten v. a. in Asien und Südamerika. Der Export aus Bayern in diese Staaten wächst überdurchschnittlich. Zwischen Januar und November 2011 stiegen etwa die Ausfuhren nach Russland um 43 Prozent, nach China um 24,1 Prozent.



Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

INTERVIEW

„Mittelstand ist die tragende Säule“

Was macht „Made in Bayern“ im Ausland so attraktiv?

Bertram Brossardt: Die bayerische Industrie erwirtschaftet weit über 50 Prozent ihres Umsatzes im Ausland, Tendenz steigend. So rechnen wir damit, dass die bayerischen Ausfuhren 2012 um bis zu fünf Prozent zulegen. Ursache für den Zuwachs ist das attraktive, qualitativ hochwertige und breit gefächerte Produktportfolio der bayerischen Unternehmen, das insbesondere in den weiter dynamisch wachsenden Schwellenländern sehr gefragt ist.

Kann auch der Mittelstand hiervon profitieren?

Bertram Brossardt: Der Mittelstand ist die tragende Säule der bayerischen Wirtschaft. Nahezu alle bayerischen Unternehmen gehören zum Mittelstand. Große Teile des Mittelstands haben sich auf die Globalisierung und die damit einhergehende Verkürzung der Produktzyklen und der veränderten Produktionsbedingungen exzellent eingestellt. Daher kommt es nicht von ungefähr, dass viele der etwa 1.300 deutschen Hidden Champions, der unbekanntesten Marktführer in Nischenbereichen, aus Bayern kommen.

Welche Zukunftschancen ergeben sich daraus?

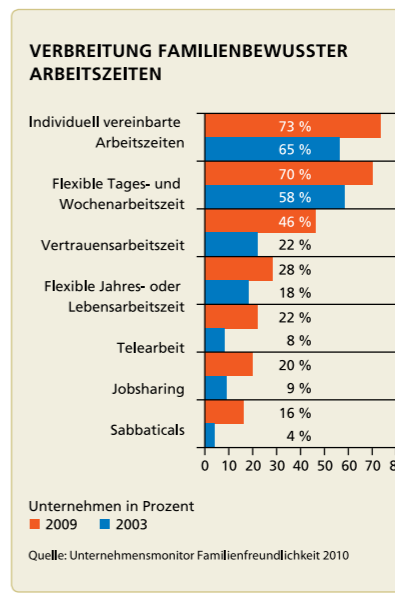
Bertram Brossardt: Bayern steht in allen relevanten Bereichen überdurchschnittlich gut da. Im mittelfristigen Vergleich ist kein Land so stark wie Bayern gewachsen. Mit unserem guten Branchenmix und der hohen Wettbewerbsfähigkeit haben unsere Unternehmen beste Chancen für die Zukunft.

Wie kann sich der Mittelstand noch besser aufstellen?

Bertram Brossardt: Der Mittelstand muss die Vorteile der mittelständischen Strukturen noch besser nutzen. Er kann flexibler und schneller als Großunternehmen auf Marktentwicklungen reagieren. Der Grad an Internationalisierung und die Innovationsbereitschaft bei mittelständischen Unternehmen muss weiter steigen. Die Vernetzung mittelständischer Unternehmen untereinander sowie mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen kann ebenfalls optimiert werden.

Familie und Beruf: Bessere Vereinbarkeit gewünscht

Eltern in Deutschland wünschen sich mehr Zeit für die Familie. Dies ist eine zentrale Aussage des Familienreports 2011. Demnach hoffen 78 Prozent auf Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies gilt nicht nur für Eltern von Kleinkindern, sondern auch für Eltern schulpflichtiger Kinder. Die meisten sehen in flexiblen Arbeitszeiten der Schlüssel zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Diese Ansicht teilt auch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder: „Weil die Arbeitswelt als Taktgeberin des Alltags von Familien eine wichtige Rolle für die Qualität des Familienlebens spielt, brauchen wir vor allem familienbewusste Arbeitszeiten.“ Viele Väter wünschen sich zudem eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit: Für je-



den zweiten wäre eine Stundenzahl zwischen 36 bis 40 pro Woche ideal. Mütter würden hingegen gerne mehr arbeiten: Jedoch halten sie die oftmals schlechten Möglichkeiten zur Kinderbetreuung davon ab, so der Report. Auch die Kinder nehmen dieses Ungleichgewicht wahr. Nur 44 Prozent sind der Ansicht, dass sich ihre Väter genügend Zeit für sie nehmen. Jedoch zeigen sich 80 Prozent mit der Betreuung durch ihre Mütter zufrieden. Der Familienreport zeigt, dass 90 Prozent der Bevölkerung gemeinsame Maßnahmen von Staat und Wirtschaft fordert, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

► INFOS: www.bmfsfj.de

Foto: Fotolia

STEUER AKTUELL

Entfernungspauschale: Ansatz einer offensichtlich verkehrsgünstigeren Straßenverbindung

Im Rahmen der Einkommensteuererklärung kann eine Entfernungspauschale für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte geltend gemacht werden.

Nach Auffassung der Finanzverwaltung kann nur die Entfernung für den kürzesten Weg angesetzt werden. Der Bundesfinanzhof hat nun in Urteilen vom 16.11.2011 (Az. VI R 19/11 und VI R 46/10) konkretisiert, unter welchen Voraussetzungen für die Entfernungspauschale nicht der kürzeste Weg, sondern ein längerer Weg geltend gemacht werden kann.

Für die Prüfung, ob es sich um eine verkehrsgünstigere Straßenverbindung handelt, kommt es nicht auf die konkrete Zeitersparnis an, sondern auf alle Umstände des Einzelfalls, wie z. B. die Streckenführung.



Umsatzsteuer: Beleg- und Buchnachweispflichten bei der Steuerbefreiung für innergemeinschaftliche Lieferungen

Grundsätzlich sind Lieferungen von einem EU-Land in ein anderes EU-Land von der Umsatzsteuer befreit, also beispielsweise von Deutschland nach Österreich. Voraussetzung für die Steuerbefreiung dieser so genannten innergemeinschaftlichen Lieferungen ist die Führung eines Beleg- und Buchnachweises.

Diese Anforderungen sind in den §§ 17a, 17b und 17c UStDV geregelt. Diese wurden mit Wirkung zum 01.01.2012 geändert. Eingeführt wurde durch diese Neuregelung beispielsweise eine Gelangenheitsbestätigung. Mit dieser ist die Lieferung des Gegenstandes in das

andere EU-Land nachzuweisen. Das Bundesministerium der Finanzen hat nun in seinem Schreiben vom 08.02.2012 mitgeteilt, dass nicht beanstandet wird, wenn die alten Regelungen noch bis zum 30.06.2012 angewendet werden.

Tipp: Sofern Sie steuerfreie innergemeinschaftliche Lieferungen tätigen, nehmen Sie Kontakt mit Ihrem steuerlichen Berater auf, um die neuen Anforderungen an die Steuerbefreiungen anzusetzen.

Kurz notiert

Die größten Risiken für KMU sind laut PwC: Konjunktur und Wettbewerb, gesetzliche und regulatorische Vorgaben sowie **Fachkräftemangel**.



RECHT

Überstunden? Nicht immer bezahlt!

Das Thema Überstunden sorgt immer wieder für Diskussionsstoff und Unmut in Betrieben. Für manche Arbeitgeber ist eine generelle Bezahlung selbstverständlich, in anderen Betrieben werden Überstunden penibel ausgeschlossen. Gerade in Führungspositionen werden Überstunden selten bezahlt, im Gegensatz gilt hier meist: Mehrarbeit ist mit dem Gehalt abgegolten.

Das Bundesarbeitsgericht (Urteil vom 17.08.2011, 5 AZR 406/10) hat nun für Klarheit gesorgt und bestimmt, dass Arbeitsvertragsklauseln zwar unwirksam sind, denen zufolge Überstunden mit dem Gehalt abgegolten sind. Ein automatischer Anspruch auf Bezahlung der Mehrarbeit besteht jedoch nicht.

Im konkreten Fall hatte ein angestellter Rechtsanwalt von seiner Kanzlei die Bezahlung von Überstunden verlangt. Er vertrat dabei die Auffassung, dass entsprechende Klauseln in seinem Arbeitsvertrag nach § 307 BGB unwirksam seien. So habe der Arbeitgeber bereits mit dem Arbeitsvertrag Überstunden angeordnet, zudem seien die angestellten Anwälte aufgefordert worden, deutlich mehr als 40 Wochenstunden zu arbeiten. Die Partner hätten darauf geachtet, dass kein Leerlauf entstehe und ein kontinuierlicher Fluss von zwei bis zweieinhalb Überstunden pro Arbeitstag nicht abrisse. Jedenfalls habe die Beklagte die Leistung von Überstunden geduldet.

Die Arbeitsrichter entschieden jedoch gegen den Rechtsanwalt. Einen allgemeinen Rechtsgrundsatz, dass jede Mehrarbeitszeit oder jede dienstliche Anwesenheit über die vereinbarte Arbeitszeit hinaus zu vergüten ist, gibt es gerade bei Diensten höherer Art nicht, so das Gericht.

► **INFOS:** www.internetratgeber-recht.de/Arbeitsrecht/Arbeitszeitrecht/azra6.btm



Herausgeber
Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB)
Türkenstr. 22-24
80333 München

Verantwortlich
Rainer Eisgruber
(GVB, München)

Redaktion
Burda Creative Group GmbH
Konrad-Zuse-Platz 11
81829 München

Objektleitung
Christoph
Scherbaum